

**Geschichte jenseits der Universität.
Netzwerke und Organisationen in der
frühen Bundesrepublik**

Veranstalter: Universität zu Köln; Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V.; Institut für Europäische Geschichte Mainz; Institut für Zeitgeschichte München/Berlin; Georg Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung Braunschweig

Datum, Ort: 08.11.2011–09.11.2011, Köln

Bericht von: Jürgen Nielsen-Sikora, Historisches Institut, Universität zu Köln

Historiker der Universität zu Köln haben gemeinsam mit der Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V., dem Institut für Europäische Geschichte in Mainz, dem Institut für Zeitgeschichte München/Berlin und dem Georg Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig eine Tagung zur außeruniversitären Geschichtsschreibung organisiert, die vom 8. bis 9. Dezember 2011 an der Universität zu Köln stattfand. Ziel dieser Tagung war, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Netzwerke und Organisationen zu lenken, die sich in der frühen Bundesrepublik jenseits der universitär verankerten Geschichtswissenschaft mit historischen Themen befasst haben. Anhand repräsentativer Beispiele wurden spannende und brisante Einblicke in verschiedene außeruniversitäre Organisationen gegeben. Ausgehend von der frühen NS-Aufarbeitung und der Neuausrichtung der Geschichtswissenschaft nach 1945 befassten sich namhafte Historikerinnen und Historiker exemplarisch mit verschiedenen Instituten, aber auch mit Einzelpersonen wie Theodor Schieder und Golo Mann. Die damit verbundenen Wirkungen auf die Geschichte der frühen Bundesrepublik wurden eingehend diskutiert.

FRANK BÖSCH (Potsdam) untersuchte die Etablierung der Zeitgeschichtsschreibung nach 1945, bei der stärker als bislang die Interaktion zwischen universitärer, außeruniversitärer und nicht-staatlicher Forschung zu berücksichtigen sei. Denn neben den Memoiren von Zeitzeugen expandierten seit den 1950er-Jahren zeithistorische Studien von Opfern

und Publizisten, die auf vielfältigen Quellen beruhten. Wie Bösch zeigte, etablierten sie vielfältig grundlegende Forschungserkenntnisse, die oft aus internationalen Netzwerken und Recherchen entstanden. In vielen Feldern reichten sie über die Erkenntnisse der akademischen Zunft im engeren Sinne hinaus, gaben Impulse für Themen oder interagierten mit entstehenden Forschungen. Dennoch wurden sie von der sich gerade formierenden Zeitgeschichtsforschung häufig ausgegrenzt. Erst die jüngere Historikergeneration schenkte dieser „Public History“ seit 1960 mehr Beachtung. Vielfach bildeten die außeruniversitären Geschichtsinstitute eine Brückenfunktion. In der bisherigen Historiografiegeschichte blieb diese Geschichtsschreibung jenseits der Historischen Institute bislang jedoch unberücksichtigt.

WINFRIED SCHULZE (München) fokussierte die Neuausrichtung der Geschichtswissenschaften in der Bundesrepublik nach 1945. Ein Thema, das spätestens seit dem Frankfurter Historikertag von 1998 virulent ist. Damals befassten sich viele Historiker vor allem mit der Generation der im Nationalsozialismus sozialisierten Gründerväter der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft. Die führenden Persönlichkeiten dieser Jahre sind inzwischen sehr viel besser erforscht, so Schulze. Zugleich wurde der auf Netzwerke und Organisationen bezogene Ansatz jedoch vernachlässigt. Für Schulze war die wirklich erstaunliche Entwicklung in der Zeit nach 1949 die Entstehung einer veritablen außeruniversitären Forschungslandschaft, die es in Deutschland bislang nicht gegeben hatte. Nach der Wiedererrichtung der wenigen tradierten Forschungsinstitutionen (wie der MGH und der Historischen Kommissionen) kam es ab 1949/50 in der Bundesrepublik zu einer bemerkenswerten Welle von Neugründungen historischer Forschungsinstitute, die einen qualitativen und quantitativen Sprung in der Entwicklung historischer Forschung bedeuteten und die Forschungslandschaft der Bundesrepublik entscheidend prägten. Schulze zielte auf eine nähere Analyse dieser Welle von Institutsgründungen, ihre politischen Rahmenbedingungen und ihre wissenschaftsinternen Voraussetzungen und fragte nach den Motivationen der Proponenten und ih-

rer Gegner. Dabei hob er auf die politischen Erwartungen gegenüber dieser Variante intellektueller Wiedergutmachungspolitik und ihre organisatorische Umsetzung ab. Insgesamt präsentierte er mit Blick auf die 1950er-Jahre eine für die deutsche Geschichtswissenschaft außerordentlich bedeutsame Phase institutioneller Kreativität und partieller inhaltlicher Neuorientierung, die in ihren Einzelheiten noch genauer zu hinterfragen sein wird.

ULRICH BAUMGÄRTNER (München) referierte zur Neuausrichtung der Geschichtsdidaktik nach 1945. Ein Unterfangen, das sich als schwierig erwies, weil der Begriff „Geschichtsdidaktik“ damals noch nicht gängig und die entsprechende geschichtswissenschaftliche Teildisziplin noch nicht an den Universitäten verankert war. Darüber hinaus gestaltete sich die entsprechende, auf das Unterrichtsfach Geschichte bezogene Diskussion in den Nachkriegsjahren außerordentlich breit und intensiv. Es beteiligten sich daran u. a. Wissenschaftler und Journalisten sowie Politiker und Lehrer. Dieses geschichtsdidaktische Diskursfeld erscheint mithin unübersichtlich, so dass Baumgärtner einzelne Aspekte exemplarisch darstellte. So befasste er sich insbesondere mit der „didaktischen“ Selbstbesinnung der Historiker, die angesichts der Katastrophe des Nationalsozialismus ihr eigenes Tun reflektieren und ihre bisherigen Deutungen der deutschen Geschichte überprüfen mussten. Dies hatte unmittelbare Auswirkungen auf das in der Schule zu vermittelnde Geschichtsbild. Baumgärtner zeichnete sodann die Diskussionen über einen „neuen“ Geschichtsunterricht nach. Hierbei griff er drei Exponenten – Erich Weniger, Ernst Wilmanns und Felix Messerschmid – exemplarisch heraus und verortete ihre Positionen in den zeitgenössischen Diskussionen. Schließlich skizzierte er die Reorganisation des Unterrichtsfaches Geschichte bis in die frühen 1950er-Jahre. Dabei zeigte sich in der Zusammenschau der verschiedenen Entwicklungen, dass im Hinblick auf eine Neuausrichtung der Geschichtsdidaktik eine Anknüpfung an Traditionen aus der Zeit vor 1933 feststellbar ist – jedoch mit deutlichen Kurskorrekturen.

UDO WENGST (München) lieferte eine knappe Zusammenfassung der Gründungs-

geschichte des Instituts für Zeitgeschichte, das im Mai 1949 unter dem Namen „Deutsches Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ seine Arbeit aufnahm und 1961 die bis heute bestehende rechtlich-organisatorische Struktur erhielt. Zentrale Aufgabe ist seither die wissenschaftliche Erforschung der Zeitgeschichte. Im Fokus stehen hierbei die Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus und der Besatzungszeit. In den vergangenen Jahren wurde dieses Themenfeld um die Erforschung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erweitert. Das Archiv des Instituts sammelt und erschließt zeitgeschichtliche Quellen. Die wissenschaftliche Spezialbibliothek mit Schwerpunkt auf die deutsche und europäische Geschichte seit 1918 besitzt inzwischen überregionale Bedeutung. Wengst befasste sich daran anschließend mit der Organisation und Finanzierung des Instituts in den 1950er-Jahren, gab Einblicke in personelle Entscheidungen und diskutierte zentrale Aufgaben der Mitarbeiter und deren Auswirkungen auf die Institutsarbeit. In seiner Bilanz setzte er sich insbesondere mit den Thesen von Sebastian Conrad und Nicolas Berg, die die Arbeit des Instituts in den 1950er-Jahren ausgesprochen kritisch bewerten, auseinander.

HEINZ DUCHHARDT (Mainz) erörterte die Geschichte des Instituts für Europäische Geschichte und unterstrich, „Europa“ sei von manchen deutschen Historikern unmittelbar nach Kriegsende als eine Art Zauberformel angesehen worden, um möglichst schnell die Last des „Dritten Reiches“ hinter sich zu lassen und an die internationale *scientific community* wieder Anschluss zu finden. Dieser Entwicklungsstrang traf sich mit Bemühungen der französischen Militäradministration, in einer Art pädagogischen Revolution die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich mit Hilfe der Geschichtswissenschaft auf eine neue Grundlage zu stellen. Resultat dieser verschiedenen Ansätze war die Errichtung eines geisteswissenschaftlichen zweisäuligen Instituts, das freilich in der deutschen Geschichtswissenschaft lange umstritten blieb und sich erst sehr allmählich seiner Kernaufgabe zuwandte, Geschich-

te und Kirchengeschichte „europäisch“ anzu-packen.

SIMONE LÄSSIG (Braunschweig) stellte das Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung vor. Eckert, sozialdemokratischer Historiker und Völkerkundler, begann unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs seine vergleichenden Studien zu verschiedenen Schulbüchern. Ausschlaggebend war die Erfahrung, dass die Nationalsozialisten Schulbücher als Indoktrinationsmittel eingesetzt hatten. Der im Widerstand tätige Eckert wurde 1952 Professor für Geschichte in Braunschweig und gründete mit Unterstützung der GEW dort das Internationale Schulbuchinstitut. Zur Philosophie des Instituts gehörte die Auffassung, dass die Aussöhnung Deutschlands mit Polen und Frankreich nur gelingen könne, indem der Schulunterricht verkrustete Vorurteile aufbricht und zu einem besseren Verständnis der jungen europäischen Generationen beiträgt. Die zentrale Aufgabe des Georg-Eckert-Instituts besteht heute in der Erforschung historisch, politisch und geografisch bedeutsamer Darstellungen in Schulbüchern und anderen schulrelevanten Bildungsmedien. Seine Forschungs- und Transferaktivitäten reflektieren den vielschichtigen Charakter von Schulbüchern ebenso wie soziale und politische Kontexte.

JÜRGEN ELVERT (Köln), ging in seinem Vortrag der Frage nach, warum Anfang der 1950er-Jahre auf Initiative Gustav Adolf Reins die Ranke-Gesellschaft gegründet wurde. Er konnte nachweisen, dass dabei zwei Aspekte von zentraler Bedeutung waren: Zum einen ging es angesichts der zentralen Bedeutung, die dem geplanten Institut für Zeitgeschichte von den führenden Persönlichkeiten der Geschichtswissenschaft, aber auch der Politik und Gesellschaft beigemessen wurde, jenen Historikern, die durch ihre Verstrickung mit dem NS-System diskreditiert waren, darum, Wege zu finden, wie sie am wissenschaftlichen Diskurs teilhaben konnten. Dazu wurde die Rezensionsschrift „Das Historisch-Politische Buch“ (HPB) konzipiert, die in der Trägerschaft einer wissenschaftlichen Gesellschaft, der Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V., stehen sollte. Zum anderen soll-

te das in diesem Zusammenhang entstehende Netzwerk dazu beitragen, den aufgrund ihrer NS-Verstrickung nun in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckenden Historikern alternative Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Dass dies zumindest teilweise gelang, konnte am Beispiel des ersten Schriftleiters und Mitherausgebers des HPB, Günter Franz, gezeigt werden. Auch erwies sich das Konzept des HPB als so attraktiv, dass viele nicht-belastete Wissenschaftler als Rezensenten gewonnen werden konnten. Ähnliches galt für den bewusst breit gewählten und an eine interessierte Öffentlichkeit gerichteten Arbeitsansatz der Ranke-Gesellschaft. Anfang der 1960er-Jahre waren von den knapp 280 Mitgliedern nur noch etwa 25% als NS-belastet einzustufen.

CHRISTOPH NONN (Trier) analysierte Theodor Schieders geradezu kometenhaften Aufstieg in den 1950er-Jahren. War er zu Beginn dieses Jahrzehnts noch relativ unbekannt, konnte er an dessen Ende als einer der einflussreichsten westdeutschen Historiker gelten. Solche Aufstiege im Feld der Geschichtswissenschaft sind entweder durch eine Verbindung mit methodischen Innovationen oder durch personelle Netzwerke und strategisches Handeln erklärt worden. Schieders Beispiel illustrierte, so Nonn, dass diese Faktoren zwar eine Rolle spielten, aber nicht von der Wahl der Themen isoliert werden können: Relevant war nicht nur wie und mit wem, sondern mindestens so sehr über was man redete. Persönliche Verbindungen ergaben sich meist erst aus gemeinsamen fachlichen und politischen Interessen. Nonn zeigte: Für Schieders Aufstieg waren seine bereits bestehenden Netzwerke zudem weniger wichtig als diejenigen, die er erst im Lauf der 1950er-Jahre über solche gemeinsamen Interessen neu knüpfen konnte. Ein vorsichtiges Plädoyer für methodische Neuorientierung schadete dabei nicht, hätte aber allein nicht ausgereicht, um Ansehen zu gewinnen.

TILMANN LAHME (Göttingen) stellte abschließend den Historiker Golo Mann vor. Thomas Manns Sohn wurde 1933 ins Exil getrieben und konnte nach 1945 nur schwer in Deutschland Fuß fassen. Gerade die Universitäten (zum Beispiel Kiel und Heidelberg) begegneten, so Lahme, dem Exilanten Mann ge-

genüber in den 1940er- und 50er-Jahren eher abweisend, wobei auch die berühmte Familie und der Vater eine Rolle spielten. Lahme zeigte, dass das problematische Verhältnis der akademischen Zunft zu den ehemaligen Emigranten, aber auch im Fall Golo Manns eine zweite, eigene Perspektive hatte: Das Misstrauen der alten Heimat gegenüber war groß und nur schwer zu überwinden, so dass Mann erst Ende der 1950er-Jahre, nach seinem großen Erfolg mit der „Deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“, und auch dann nur für kurze Zeit nach Deutschland zurückkehrte. Golo Manns ‚Netzwerk‘, stellte Lahme fest, war weniger ein Beziehungsgeflecht als vielmehr: sein großes Lesepublikum.

Konferenzübersicht:

Frank Bösch, Gießen: Die frühe NS-Aufarbeitung jenseits der akademischen Zunft

Winfried Schulze, München: Zur Neuausrichtung der Geschichtswissenschaften in der Bundesrepublik nach 1945

Ulrich Baumgärtner, München: Die Neuausrichtung der Geschichtsdidaktik nach 1945

Simone Lässig, Braunschweig: Das Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung

Udo Wengst, München: Das Institut für Zeitgeschichte

Heinz Duchhardt, Mainz: Das Institut für Europäische Geschichte

Jürgen Elvert, Köln: Die Ranke-Gesellschaft, Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben e.V.

Christoph Nonn, Düsseldorf: Fallstudie 1: Theodor Schieder

Tilman Lahme, Göttingen: Fallstudie 2: Golo Mann

Tagungsbericht *Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik*. 08.11.2011–09.11.2011, Köln, in: H-Soz-Kult 31.03.2012.